

Furcht vor Abstimmung steigt

Die Politik ringt um einen Gegenvorschlag zur umstrittenen Initiative für mehr Konzernverantwortung. Jetzt gibt es auch in den Reihen der FDP Bewegung. **Stefan Bühler, Daniel Friedli**

Es ist zurzeit eines der heissesten Dossiers in Bundesbern: Wie geht man mit der Konzernverantwortungsinitiative um? Mit diesem Volksbegehren will ein Komitee von Nichtregierungsorganisationen die Schweizer Konzerne zu erhöhten Sorgfaltspflichten und allfälligen Schadenersatzklagen im Ausland verpflichten.

Vor allem den Bürgerlichen geht das Begehren zu weit. Trotzdem gilt es als riskant, die Initiative ohne Alternative vors Volk zu bringen: «Es stellt sich die Frage, ob man einen Abstimmungskampf riskieren will, in dem die Globalisierung grundsätzlich infrage gestellt wird und bei dem die multinationalen Konzerne in der Dauerkritik stehen», sagt

CVP-Ständerat Stefan Engler. Er selber will dies nicht und plädiert daher dafür, mit einem indirekten Gegenvorschlag um diese Abstimmung herumzukommen.

Überraschend deutlich ist ihm diese Woche die Rechtskommission des Ständerates gefolgt. Sie hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der sich an den Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte orientiert und für gewisse Firmen Sorgfaltspflichten punkto Menschenrechts- und Umweltschutz vor-



John Ruggie

KEYSTONE

sieht. Bald müssen sich auch die zuständigen Nationalräte zum Dossier äussern - und dort kommt nun auch Bewegung in die FDP.

Die freisinnige Nationalrätin Christa Markwalder will versuchen, ihre Kollegen für ein Alternativprojekt zu gewinnen. Im Visier hat sie dabei die neuen Transparenzbestimmungen, die der Bundesrat im Aktienrecht vorschlägt, und die von Firmen im Rohstoffabbau verlangen, Zahlungen an öffentliche Stellen offenzulegen. «Wir könnten mit diesen Bestimmungen der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen», sagt Markwalder. Das schein ihr zielführender, als sämtliche international tätigen Firmen unter Generalverdacht zu stellen. Dabei räumt die Bernerin ein, dass diesbezüglich von der FDP etwas Flexibilität gefragt wäre, denn die Partei hat diese Regeln bisher klar abgelehnt.

Auf wenig Verständnis dürfte Markwalder bei der SVP stossen. Dort sieht man keinen Bedarf, zur Initiative mehr als Nein zu sagen.

«Sie und der aktuell vorliegende indirekte Gegenentwurf schiessen über das Ziel hinaus und gefährden aktiv den Schweizer Wirtschaftsstandort», sagt Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ist bisher auf Oppositionskurs.

Auf der anderen Seite trat diese Woche ein Wirtschaftskomitee auf den Plan, das für einen Gegenvorschlag im Sinne der Ständeratskommission plädiert. Es kann für diese Position auch prominente Unterstützung ins Feld führen: John Ruggie, der frühere UN-Sonderbeauftragte für das Thema, hat in einem Brief an das Parlament das alternativlose Nein des Bundesrates zur Initiative bedauert. Und er ruft die Parlamentarier auf, die Diskussion darüber nochmals aufzunehmen. Zu bedenken sein wird dabei auch, dass die Initianten ihr Begehren kaum zurückziehen, wenn ihnen ein Gegenvorschlag nicht mehr bietet als ohnehin schon geplante Transparenzbestimmungen.